

Antrag D-4**Jusos Bezirk Hannover****Der Bezirksparteitag möge beschließen:****Rechte Netzwerke bei Bundeswehr und Polizei zerschlagen**

1 Im Zuge von Terrorermittlungen gegen Bundes-
 2 wehrsoldat:innen im Jahr 2017 wurde das soge-
 3 nannte rechtsradikale "Hannibal"-Netzwerk ent-
 4 deckt, welches Ende 2018 durch Medienberichte be-
 5 kannt wurde. Das "Hannibal"-Netzwerk stellt dabei
 6 einen Zusammenschluss von aktiven und ehema-
 7 ligen (Elite)-Soldat:innen, Polizist:innen und Mitar-
 8 beiter:innen des Verfassungsschutzes, welche sich
 9 als "Prepper" verstehen und sich in auf einen so-
 10 genannten "Tag X" vorbereiten, an welchem die öf-
 11 fentliche Ordnung zusammenbrechen würde. Da-
 12 für wurden öffentliche Feindeslisten von politischen
 13 Gegner:innen erstellt, Waffen und Munition in gro-
 14 ßem Maße besorgt, Leichensäcke und Ätzkalk be-
 15 stellt. Laut Chatprotokollen, Bestelllisten und Eigen-
 16 aussagen einiger Prepper wollten sie einen bewaff-
 17 neten Umsturz und Massentötungen politischer
 18 Gegner vorbereiten.

19 Hauptagitatoren des Netzwerks waren zum einen
 20 der ehemalige KSK-Soldat André S. alias „Hannibal“,
 21 welcher den Verein Uniter e.V gründete und zum
 22 anderen der Bundeswehroffizier Franco A. Franco. A,
 23 der bereits in seiner Masterarbeit rassistische, anti-
 24 semitische und rechtsradikale Ansichten vertrat und
 25 trotz dessen in der Bundeswehr aufgenommen wur-
 26 de, legte sich dabei eine falsche Identität als syri-
 27 scher Geflüchteter vor und plante Terroranschläge
 28 in Berlin und weiteren Orten. In dem von S. gegrün-
 29 deten Verein und den Chatgruppen, die unter dem
 30 Sammelbegriff "Nordkreuz" bekannt wurden, orga-
 31 nisierten sich die Prepper. Im Hannibal-Netzwerk
 32 waren auch weitere Gruppen unter dem Namen
 33 Westkreuz und Südkreuz vernetzt. Es ist davon aus-
 34 zugehen, dass weitere Netzwerke in die AfD, vor al-
 35 lem zu Björn (Bernd?!) Höcke und seinem Flügel,
 36 zum rechtsradikalen "Thule-Seminar", zu den Iden-
 37 titären und zum sogenannten "Institut für Staats-
 38 forschung" bestanden. Auch der Verfassungsschutz
 39 soll bereits Ende 2016 Kenntnis von den Rechten
 40 Strukturen bzw. dem "Nordkreuz" gehabt haben.
 41 Das Bekanntwerden des Hannibal-Netzwerks zeigt,
 42 wie weit Rechtsradikale schon mit den Sicherheits-
 43 behörden wie Polizei und Bundeswehr vernetzt sind.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK****Menschenwürde verteidigen – Rechte Netzwerke in Sicherheitsbehörden bekämpfen**

Rassistische, antisemitische oder rechtsextreme Haltungen u.a. in den Reihen von (Elite-) Soldat:innen, Polizist:innen und Mitarbeiter:innen des Verfassungsschutzes sind nicht erst seit der Entdeckung des so genannten rechtsradikalen "Hannibal"-Netzwerkes bekannt. Auch der "NSU 2.0 ist ein weiteres Beispiel für rechtsradikale Netzwerke, Strukturen und / oder wömmöglich Gewaltbereiten im öffentlichen Dienst.

Um dem ersten Artikel des Grundgesetzes gerecht zu werden fordern wir daher:

- Eine lückenlose Aufklärung rechter Netzwerke und Strukturen innerhalb der Bundeswehr und Polizei, des Militärischen Abschirmdienstes und allen Mitgliedern aus der Zivilgesellschaft durch einen Untersuchungsausschuss im Bund sowie in den Landtagen der betroffenen Bundesländer mit entsprechenden Konsequenzen, ohne dabei jede:n einzelne:n Staatsbedienstete:n unter Generalverdacht zu stellen, antidemokratisch zu sein.
- Eine lückenlose Aufklärung über die Rolle des Militärischen Abschirmdienstes sowie des Verfassungsschutzes und etwaigen Verbindungen zum Hannibal Netzwerk.
- Die Entfernung der in dem rechten Netzwerk aktiven Personen aus den Sicherheitsbehörden.
- Präventivmaßnahmen in Form von verstärkten Schulungen und Gesprächen für die Bundeswehr, die Polizei und weitere Dienste, unabhängig vom Rang, in Bezug auf den Nationalsozialismus, Rechte Strukturen und Pflichten und Rechte gegenüber oben genannten Straftaten. Wir verlangen ein klares Bekenntnis zum Grundgesetz von allen in den Sicherheitsbehörden aktiven Personen. (Durch dieses Bekenntnis ist jede:r überzeugte Demokrat:in automatisch Antifaschist:in, denn die Werte der Demokratie stehen denen des Fa-

44 Die bekanntesten Agitatoren des Netzwerks wie An-
 45 dré S. und Franco A. waren fast alle Mitarbeiter der
 46 Sicherheitsbehörden, ein Teil der Prepper nutze die
 47 Berufliche Stellung dazu Munition und Waffen zu
 48 entwenden und zu horten. Hinzu kommt, dass die
 49 Mitglieder des Netzwerks über die durchgeführten
 50 Razzien im Vorfeld durch Mitarbeiter des Militäri-
 51 schen Abschirmdienstes informiert wurden und so
 52 große Teile des Beweismaterials weggeschafft wur-
 53 de.

54 Die Folgen, die durch die Entdeckung des Netz-
 55 werks entstanden, waren bzw. sind dabei gering. Es
 56 folgte wenig gesellschaftlicher Diskurs und die auf
 57 den Todeslisten benannten Personen wurden teil-
 58 weise erst mit einer Verzögerung von fast 2 Jah-
 59 ren informiert und blieben so unwissend und un-
 60 geschützt. Gegen Sechs Nordkreuz-Mitglieder wird
 61 inzwischen hauptsächlich ermittelt, allerdings wur-
 62 den nur zwei von ihnen bisher einer Straftat be-
 63 schuldigt. Jan-Hendrik H. (Anwalt) und Haik J. (Poli-
 64 zist) wird die »Vorbereitung einer schweren staats-
 65 gefährdenden Gewalttat« vorgeworfen. Der Admi-
 66 nistrator der Chat-Gruppe Mark G. und oben der er-
 67 wähnte André S. gelten in dem Verfahren als Be-
 68 schuldigte. Die grundlegenden Strukturen wurden
 69 und werden nicht bekämpft.

70 Der so genannte "NSU 2.0" ist nur ein weiteres
 71 Beispiel für rechtsradikale Netzwerke, Strukturen
 72 und/oder womöglich Gewaltbereiten im öffentli-
 73 chen Dienst. Aufgetauchte Schreiben mit der Unter-
 74 schrift "NSU 2.0" konnten mit der Polizei Hessens
 75 in Verbindung gebracht werden. Im August 2018 er-
 76 hielt Seda Basay-Yildiz, eine Rechtsanwältin, die die
 77 Angehörigen eines Opfers des NSU vertritt, ein sol-
 78 ches Drohschreiben. Das zeigt uns, dass trotz be-
 79 kanntwerden der oben erwähnten Netzwerke, die
 80 Dunkelziffer groß bleibt und die Aufklärungen und
 81 Vorfälle nicht mit der Energie verfolgt werden (wol-
 82 len), wie sie angemessen wäre.

83 Auch die Ermittlungen im Komplex "NSU 2.0" las-
 84 sen bereits jetzt viele Fragen offen und sind wenig
 85 erfolgreich, da im vom LKA Berlin und Hessen im
 86 kollegialen Umfeld ermittelt werden müsste. Weite-
 87 re Vorwürfe belasten das LKA Berlin darüber hinaus
 88 im sogenannten "Neukölln-Komplex": Es gab einige
 89 rechte Bedrohungen und Brandstiftungen auf Linke
 90 Personen und antirassistisch arbeitende Menschen
 91 und Hinweise legen nahe, dass die Täter:innen
 92 ebenfalls Informationen aus Reihen der Polizei be-

schismus gegenüber.)

- Das umfassende und sofortige Informieren der auf den "Feindeslisten" genannten Personen und die nötige Unterstützung dieser.
- Eine lückenlose Aufklärung der Taten aller rassistischer und rechtsradikaler Anschläge sowie den Zusammenhang der Täter zu etwaigen rechten Netzwerken in den Sicherheitsbehörden.
- Eine umfassende Studie zu strukturellem Rassismus in Deutschland, mit besonderem Augenmerk auf Sicherheitsbehörden. Diese Studie soll nicht das Vorhandensein strukturellen Rassismus untersuchen - das haben Verbände, Vereine und Betroffene zu genüge getan -, sondern nach Lösungsansätzen und Prävention.
- Eine Überprüfung, in Anbetracht der geschilderten Vorkommnisse innerhalb der Sicherheitsbehörden, ob ein "Defund the Police" Ansatz zielführender ist. Damit können Soziale Arbeit, Zivile Träger und Präventionsarbeit gestärkt werden, dass diese mehr zum Einsatz kommen können, wenn sie de facto besser geschult sind als Sicherheitskräfte für spezifische "Einsätze". Das könnte u.a. sexualisierte Gewalt, psychische Erkrankungen und Sucht und eine erschöpfende Liste mehr beinhalten.
- Solidarität mit Whistleblowern durch Zeug:innenschutzprogramme, finanzielle Unterstützung und falls die Umstände keine Rückkehr in die Arbeit erlauben, auch gegebenenfalls frühzeitige Pensionsansprüche.
- Das konsequente Verfolgen, Aufklären und ziehen von Konsequenzen in solchen Fällen und Kritik am Gedanken der "Nestbeschmutzerin" / des "Netzbeschmutzers" und der Bundeswehr oder anderen "Einheiten", wie der Polizei, als "Schicksalsgemeinschaft".
- Die Abschaffung des Verfassungsschutzes in seiner jetzigen Form. Mehrfach und seit Jahren wird deutlich, dass die Querfinanzierung durch V-Leute schadet und vieles dennoch nicht verhindert wird, umgekehrt zeigt der NSU-Fall die Abgründe dieser Behörde auf. Eine Reform, die eine tatsächliche und transparente Kontrolle der Arbeit sicherstellen kann ist dabei nicht realistisch. Letztlich muss Arbeit bei Sicherheitsbehörden grundsätzlich

93 kamen. Der Bundestags-Untersuchungsausschuss
 94 machte bekannt, dass beim Anschlag auf den Breit-
 95 scheidplatz der Polizist und AfD-Mitglied Detlef M.
 96 Ermittlungsinterna an eine Gruppe ähnlich einge-
 97 stellter weitergeleitet hat - in dieser Gruppe Tilo P.,
 98 ein Hauptverdächtiger in der Anschlagsserie. Wei-
 99 terhin wurde ein Polizist mit weiteren Personen
 100 und Sebastian T., einem weiteren Hauptverdächti-
 101 gen der Anschlagsserie, gesehen. Die Polizei und
 102 der Beamte bestreiten das Treffen und eine Woh-
 103 nungsdurchsuchung wurde richterlich Abgelehnt.
 104 Ob hier Informationen weitergegeben wurden kann
 105 also nicht überprüft werden oder welchen Grund es
 106 sonst für das Treffen gab. In Neukölln wurde das
 107 Auto des LINKEN-Politikers Ferat Kocak angezün-
 108 det. Sowohl LKA als auch Verfassungsschutz wuss-
 109 ten, dass Kocak von Neonazis ausspioniert wurde,
 110 das sie ein entsprechendes Telefonat abhörten. Ko-
 111 cak selber wusste bis zum Brandanschlag nichts da-
 112 von. Diese Reihe an verstörenden, völlig inakzep-
 113 tablen und zu Recht Misstrauen schürenden Bei-
 114 spielen ließe sich noch fortsetzen. Tilo P. hat z.B.
 115 in einer Gruppe geschrieben, dass der ihn verneh-
 116 mende Staatsanwalt durchblicken ließ AfD-Mitglied
 117 zu sein und P. nichts zu befürchten habe, es gab
 118 weitere Datenabfragen von Polizeirechnern zu Be-
 119 troffenen der Anschläge durch den Staatsschutz,
 120 die sich das LKA Berlin nicht erklären kann und ei-
 121 ne Zusammenarbeit mit der Datenschutzbeauftrag-
 122 ten ablehnt (trotz gesetzlicher Verpflichtung!). Mit-
 123 te dieses Jahrs wurde ein Spezialeinsatzkomman-
 124 do in Hessen aufgelöst, denn mindestens 20 aktive
 125 und ehemalige SEK-Mitglieder waren Mitglied in ei-
 126 ner Chatgruppe, in der rechtsextreme Inhalte ausge-
 127 tauscht wurden. 29 weitere Polizisten wurden kurz
 128 darauf auch als Mitglieder derselben Gruppe iden-
 129 tifiziert. Das perfide daran ist, dass mindestens 13
 130 der genannten SEK-Beamten in der Tatnacht des An-
 131 schlags in Hanau im Einsatz waren. Es ist immer
 132 noch unbekannt, ob die Gesinnung der Beamten ei-
 133 ne Rolle beim Ablauf der Nacht spielte, aber gleich-
 134 zeitig ist unbekannt - immer noch! - warum es fünf
 135 Stunden dauerte, bis jemand des SEK in das Haus
 136 des Anschlags eindrang und was überhaupt in die-
 137 ser Nacht in dem Haus geschah. Daneben stehen der
 138 antisemitische Anschlag auf die Synagoge in Hal-
 139 le, Attacken auf Flüchtlingsunterkünfte, der Mord
 140 an Walter Lübcke. Es kann nicht länger verleugnet
 141 werden, dass es rechtsextremen Terror in Deutsch-

umstrukturiert werden, es muss eine Veranke-
 rung in der Gesellschaft und in der Demokratie
 stattfinden.

- Eine unabhängige Beschwerde-, Ermittlungs- und Aufsichtsbehörde
- Eine Überprüfung, inwieweit die parlamentarische Kontrolle über Sicherheitsbehörden gestärkt werden kann. Von Einzelfällen zu sprechen wagt heute nur noch der Verfassungsschutz, dennoch kann auch noch nicht von einem geplanten Staatsstreich gesprochen werden. Aber die Vorbereitung auf einen "Tag X", Prepper, Sammeln von Munition und Waffen und Todeslisten deuten in eine deutliche Richtung - hier wird gegen eine offene und diverse Gesellschaft gekämpft und mobil gemacht. Daher braucht es unbedingt eine koordinierte Vorgehensweise gegen rechte Netzwerke und rechten Terror! Kein Fußbreit dem Faschismus! Rechte Netzwerke zerschlagen!
- Eine wehrhafte Demokratie braucht einen wirksamen Verfassungsschutz.

Adressat:

Bundesparteitag

142 land gibt, dass es sich nicht um Einzeltäter han-
143 delt, dass Rassismus und Rechtsextremismus Struk-
144 tur hat, für Anhänger*innen einer rechten Gesin-
145 nung Handlungsimplicationen beinhaltet und be-
146 reits tief vernetzt mit den deutschen Sicherheitsbe-
147 hörden ist.

148 Wir fordern daher:

- 149 • Eine lückenlose Aufklärung dieser und weite-
150 rer rechter Netzwerke und Strukturen inner-
151 halb der Bundeswehr und Polizei, des Militä-
152 rischen Abschirmdienstes und allen Mitglie-
153 dern aus der Zivilgesellschaft durch einen Un-
154 tersuchungsausschuss im Bund sowie in den
155 Landtagen der betroffenen Bundesländer mit
156 entsprechenden Konsequenzen.
- 157 • Eine lückenlose Aufklärung über die Rolle
158 des Militärischen Abschirmdienstes sowie des
159 Verfassungsschutzes und etwaigen Verbin-
160 dungen zum Hannibal Netzwerk.
- 161 • Die Entfernung der in dem rechten Netzwerk
162 aktiven Personen aus den Sicherheitsbehör-
163 den.
- 164 • Präventivmaßnahmen in Form von verstärk-
165 ten Schulungen und Gesprächen für die Bun-
166 deswehr, die Polizei und weitere Dienste, un-
167 abhängig vom Rang, in Bezug auf den Natio-
168 nalsozialismus, Rechte Strukturen und Pflich-
169 ten und Rechte gegenüber oben genann-
170 ten Straftaten. Wir verlangen ein klares Be-
171 kenntnis zum Antifaschismus von allen in den
172 Sicherheitsbehörden aktiven Personen.
- 173 • Das umfassende und sofortige Informieren
174 der auf den "Feindeslisten" genannten Perso-
175 nen und die nötige Unterstützung dieser.
- 176 • Eine Lückenlose Aufklärung der Taten aller ras-
177 sistischer und rechtsradikaler Anschläge so-
178 wie den Zusammenhang der Täter zu etwai-
179 gen rechten Netzwerken in den Sicherheitsbe-
180 hörden.
- 181 • Eine umfassende Studie zu strukturellem Ras-
182 sismus in Deutschland (nicht der "Komprom-
183 miss" aus letztem Jahr), mit besonderem Au-
184 genmerk auf Sicherheitsbehörden. Diese Stu-
185 die soll nicht das Vorhandensein strukturellen
186 Rassismus untersuchen - Das haben Verbän-
187 de, Vereine und Betroffene zu genüge getan -
188 sondern nach Lösungsansätzen und Präventi-
189 on.
- 190 • Eine Überprüfung, in Anbetracht der geschil-

191 derten Vorkommnisse innerhalb der Sicher-
192 heitsbehörden, ob ein “Defund the Police” An-
193 satz zielführender ist. Damit können Soziale-
194 Arbeit, Zivile Träger und Präventionsarbeit ge-
195 stärkt werden, dass diese mehr zum Einsatz
196 kommen können, wenn sie de facto besser
197 geschult sind als Sicherheitskräfte für spezifi-
198 sche “Einsätze”. Das könnte u.a. sexualisierte
199 Gewalt, psychische Erkrankungen und Sucht
200 und eine erschöpfende Liste mehr beinhalten.

201 Der Fall des Patrick J. zeigt weiterhin, dass Teile der
202 Bundeswehr und des militärischen Abschirmdien-
203 tes kein Interesse an Aufklärung und Arbeit gegen
204 Rechte Netzwerke und Strukturen haben. Der Sol-
205 dat wies auf eine Vielzahl rechtsextremer Vorfälle,
206 Fotos und Aktionen hin und wurde dafür mit einer
207 fadenscheinigen Begründung aus dem Dienst ent-
208 lassen, nicht die Beschuldigten. Wir verurteilen ein
209 solches Verhalten aufs schärfste. Er schickte dem
210 militärischen Abschirmdienst ein Dossier mit den
211 gesammelten Informationen aus Chatgruppen u.ä.,
212 nur sehr vereinzelt wurde den von J. erhobenen Vor-
213 würfen nachgegangen. So schrieb ein Hauptgefrei-
214 ter, dass er „gegen die komplette Selbstaufgabe der
215 weißen Nationen“ kämpfe. oder ein Oberstabsge-
216 freiten, der – einem Reichsbürger gleich – schrieb,
217 sie alle seien nur „dumme Arbeiter, die einer großen
218 GmbH angehören“. Statt weiteren Hinweisen nach-
219 zugehen, wies in vielen Fällen, bevor er sich an den
220 Abschirmdienst wandte, das Personalamt der Bun-
221 deswehr viele Hinweise von J. als völlig übertrieben
222 und haltlos zurück und zog stattdessen seine Eig-
223 nung als Soldat in Zweifel.

224 Wir fordern daher:

- 225 • Solidarität mit Whistleblowern durch Zeugen-
226 schutzprogramme, finanzielle Unterstützung
227 und falls die Umstände keine Rückkehr in die
228 Arbeit erlauben, auch gegebenenfalls frühzei-
229 tige Pensionsansprüche
- 230 • Das konsequente Verfolgen, Aufklären und
231 ziehen von Konsequenzen in solchen Fällen
232 und Kritik am Gedanken der “Nestbeschmut-
233 zerin” / des “Netzbeschmutzers” und der Bun-
234 deswehr oder anderen “Einheiten”, wie der Po-
235 lizei, als “Schicksalsgemeinschaft”.

236 In allen diesen Fällen tauchen auch immer wieder
237 V-Leute des Verfassungsschutzes oder dieser selber
238 auf, leider meist auf der unrühmlichen Seite. Der
239 Verfassungsschutz operiert immer noch mit der so-

240 genannten "Hufeisen-Theorie" und finanziert über
241 V-Leute sogar Gruppierungen und deren Aktionen
242 mit - teilweise bis zur Ausführung der Tat mit an-
243 schließender Beweismittelvernichtung. Im Fall der
244 Nordkreuz Ermittlungen wird Vermutet, dass un-
245 ter den weiteren Mitgliedern auch V-Leute sind, da-
246 her wird gegen nicht mehr als zwei (als Zahl 2!)
247 Personen dieses Netzwerkes Anklage erhoben. Bei
248 drei Beteiligten kann auf Bildung einer terroristi-
249 schen Vereinigung ermittelt werden. Falls allerdings
250 an etwaigen Straftaten maßgeblich V-Leute betei-
251 ligt sind, könnte es sein, dass die gesamte Ermitt-
252 lung eingestellt werden muss. Darüber hinaus lie-
253 gen unzählige Informationssammlungen durch den
254 Verfassungsschutz einzelner Bundesländer oder des
255 Bundes vor, die verdeutlichen, wie einzelne Perso-
256 nen immer und immer wieder durch ihre rechte
257 Gesinnung auffallen, jedoch nichts unternommen
258 wird. So der Fall Marko G., Administrator der Prep-
259 pergruppe, die sich auf den "Tag X" vorbereiteten,
260 ehemaliges Mitglied des SEK in der Funktion eines
261 Präzisionsschützen aus Mecklenburg-Vorpommern
262 und u.a. leitend in der Gruppe "Nord-Kreuz". Bereits
263 2009 erschien Marko G. mit Büchern über die Wehr-
264 macht und die SS zur Arbeit, er trage T-Shirts, die
265 einen eindeutigen Spruch hatten, berichten Kolle-
266 gen ihrem Vorgesetzten, Marko G. sei "rechts ver-
267 ankert". Es passiert nichts - G. wird für den gehobe-
268 nen Dienst ausgebildet. Bereits in der Bundeswehr-
269 akte wurde sein „Interesse für die jüngere Militä-
270 geschichte“ angemerkt. Bereits 1993 verschwand in
271 Marko Gs. Einheit die Uzi, die 2019 in seinem Ar-
272 beitszimmer wiedergefunden wurde. Die Bundes-
273 wehr möchte sich nicht äußern und der MAD wis-
274 se nichts darüber. Seit 2012 zweigt Marko G. unter
275 Mithilfe weiterer Polizei-Mitarbeitenden und SEK-
276 Mitgliedern tausende Schuss Munition ab, die 2019
277 bei ihm gefunden werden, als er nach zwei Jah-
278 ren Ermittlung nicht mehr als Zeuge, sondern An-
279 geklagter vorgeladen wird. Dieser und all die ande-
280 ren Vorfälle zeigen zwei Dinge deutlich: Die Sicher-
281 heitsbehörden scheint es nicht zu interessieren oder
282 sie ignorieren absichtlich rechtsextreme Tendenzen
283 in ihren Reihen. Zweitens konnten die V-Leute und
284 der Verfassungsschutz nicht verhindern und/oder
285 aufdecken, dass rechte Prepper sich für einen "Tag
286 X" vorbereiten, Munition klauen, Waffen beschaffen
287 und Daten für Todeslisten abgreifen. Stattdessen
288 werden die Taten als Einzeltaten abgetan und noch

289 einmal bestärkt, dass es keinen Generalverdacht ge-
290 genüber der Polizei geben könne (obwohl nicht die
291 gesamte Polizei Mecklenburg-Vorpommerns unter-
292 sucht wurde).

293 Wir fordern daher:

- 294 • Die Abschaffung des Verfassungsschutzes in
295 seiner jetzigen Form. Mehrfach und seit Jah-
296 ren wird deutlich, dass die Querfinanzierung
297 durch V-Leute schadet und vieles dennoch
298 nicht verhindert wird, umgekehrt zeigt der
299 NSU-Fall die Abgründe dieser Behörde auf. Ei-
300 ne Reform, die eine tatsächliche und transpa-
301 rente Kontrolle der Arbeit sicherstellen kann
302 ist dabei nicht realistisch. Letztlich muss Ar-
303 beit bei Sicherheitsbehörden grundsätzlich
304 umstrukturiert werden, es muss eine Veranke-
305 rung in der Gesellschaft und in der Demokratie
306 stattfinden.
- 307 • Eine unabhängige Beschwerde-, Ermittlungs-
308 und Aufsichtsbehörde
- 309 • Eine Überprüfung, inwieweit die parlamenta-
310 rische Kontrolle über Sicherheitsbehörden ge-
311 stärkt werden kann. Von Einzelfällen zu spre-
312 chen wagt heute nur noch der Verfassungs-
313 schutz, dennoch kann auch noch nicht von ei-
314 nem geplanten Staatsstreich gesprochen wer-
315 den. Aber die Vorbereitung auf einen "Tag X",
316 Prepper, Sammeln von Munition und Waffen
317 und Todeslisten deuten in eine deutliche Rich-
318 tung - hier wird gegen eine offene und diver-
319 se Gesellschaft gekämpft und mobil gemacht.
320 Daher braucht es unbedingt eine koordinierte
321 Vorgehensweise gegen rechte Netzwerke und
322 rechten Terror! Kein Fußbreit dem Faschismus!
323 Rechte Netzwerke zerschlagen!